

Beschluss

Sitzung des Landrates vom Mittwoch, 26. April 2023

§ 128

Motion SVP-Fraktion «Hohe Stromkosten: Unterstützung der Glarner Wirtschaft»

(Bericht Regierungsrat, 28.2.2023)

Thomas Tschudi, Näfels, Unterzeichner, unterstützt namens der SVP-Fraktion den regierungsrätlichen Antrag auf Ablehnung der Motion. – Die SVP-Fraktion kommt ebenfalls zum Schluss, dass sich die Situation zum Glück wieder normalisiert hat und die Sorgen der betroffenen Unternehmen kleiner geworden sind. Deshalb akzeptiert sie den Antrag des Regierungsrates, die Motion abzulehnen. Die SVP-Fraktion ist sich aber nicht ganz so sicher wie Landammann Benjamin Mühlemann im vorhergehenden Traktandum zur Jahresrechnung, dass die Erträge des Kantons aus dem Verkauf des Stromanteils der Kraftwerke Linth-Limmern AG wieder kleiner werden. – Private wie auch Unternehmen müssen Selbstverantwortung übernehmen. Ein Eingriff in den Markt soll eine der letzten Handlungsmöglichkeiten darstellen. Eine derart starke Preisänderung, wie sie im vergangenen Herbst eintrat, war aber für viele nicht vorhersehbar – auch nicht, als Unternehmen vor einigen Jahren Lieferverträge nicht erneuerten. Als die SVP-Fraktion die Motion einreichte, war die Existenz des einen oder anderen Unternehmens bedroht. Es ging dabei nicht um Grossbanken, die ihren Geschäftsleitungsmitglieder Millionensaläre zahlen und Boni nachwerfen. Es geht um Leute, die im Schweisse ihres Angesichts Unternehmen aufgebaut und normale Saläre haben. Wenn so jemand sein Geschäft hätte aufgeben müssen, wäre die Politik von links bis rechts wohl einig gewesen, dass Hilfe zu leisten ist. – Die aktuellen Strompreise bieten für Private und Unternehmen die Möglichkeit, die Situation zu klären. Das soll aber nicht zu einer Vogel-Strauss-Politik führen, auch nicht seitens der Unternehmen. Jetzt muss man Lösungen suchen, damit man beim nächsten Anstieg der Strompreise bereit ist und nicht gleich wieder in Schieflage gerät. Die Strommangellage in Europa ist ein aktuelles Thema. Der nächste Winter kommt bestimmt. Ob dann nicht wieder deutlich höhere Preise gelten, steht in den Sternen. Der milde Winter ist nicht sakrosankt. Die milden Temperaturen waren eine wichtige Ursache für die deutlich tieferen Strompreise. – Die Politik und die Verwaltung haben viel gemacht: Der Kanton und die Stromversorger schlossen sich in einer Taskforce zusammen, suchten nach Härtefällen und versuchten, diese zu begleiten. Die Krux besteht darin, dass sich jene Betroffene, denen die Selbstverantwortung wichtig ist, nicht als erstes melden. Sie suchen selbst nach Lösungen, knicken dann vielleicht aber ein und hören auf. Deshalb geht es für den Staat darum, sauber zu kommunizieren und aufzuzeigen, was alles machbar ist und dass man bereit ist, Hilfestellung zu bieten. Das müssen nicht A-fonds-perdu-Zahlungen sein. Es könnten auch bestehenden Instrumente genutzt werden, deren Möglichkeiten klarer und transparenter aufgezeigt würden. Denn viel Potenzial liegt in der Verbesserung der Energieeffizienz. Investitionen in die Energieeffizienz, die sich ein Unternehmen aus eigener Kraft vielleicht nicht leisten kann, könnten vom Staat mitgetragen werden. Das wäre sinnvoll.

Diese Investitionen können dank des Spareffekts wieder zurückfliessen. Das ist kein Eingriff in den Markt, sondern schafft für alle Involvierten eine Win-win-Situation. – Die Technischen Betriebe dürfen nicht vergessen, was ihre Aufgabe ist und wem sie gehören. Sie sind öffentlich-rechtliche Unternehmungen, die im Eigentum der Allgemeinheit stehen. Dieser sind sie verpflichtet und niemand anderem. Diese Einsicht der Leistungserbringer konnte im vergangenen Herbst im Zusammenhang mit der Festlegung der neuen Tarife nicht vollumfänglich festgestellt werden. Es hätte nämlich mehrere Möglichkeiten gegeben, um die Tarife auch bei Privathaushaltungen nicht so stark erhöhen zu müssen. Der Tarif für die Netznutzung etwa hätte allenfalls dank der höheren Zinsen auch später erhöht werden können. Bei gewissen Technische Betrieben ist es zudem aufgrund des Anteils der Eigenstromproduktion nicht verständlich, dass die Preise dermassen stark und überdurchschnittlich gestiegen sind, obwohl die Eigenstromproduktion im Schweizer Mittel wahrscheinlich tiefer ist. – Die Gefahr eines Blackouts ist nicht vorüber, nur weil der vergangene Winter gut überstanden wurde. Ein Blackout wird von Experten als grössere Bedrohung als eine nächste Pandemie angesehen. Im Juni stimmt das Stimmvolk über das Klima- und Innovationsgesetz ab. Wenn gefördert wird, was zusätzlich Strom braucht, wird die Schweiz in eine Schieflage geraten. Das hätten die Stimmberechtigten zu verantworten. – In Krisenzeiten gilt es, zusammenzustehen und gemeinsam Lösungen zu finden. Es gibt definitiv Potenzial, um noch näher zusammenzustehen und noch bessere Lösungen zu finden.

Priska Müller Wahl, Niederurnen, votiert namens der GLP-Fraktion für Zustimmung zum regierungsrätlichen Antrag auf Ablehnung der Motion. – Es stimmt froh, dass die SVP-Fraktion auch einsieht, dass ihre Motion vielleicht doch nicht so sinnvoll ist. Wie der Regierungsrat ausführt, ist Handlungsbedarf nur dann gegeben, wenn die Wirtschaftslage wirklich schlecht ist und eine Inflation herrscht, die ein Eingreifen erfordert. Es muss sich um eine aussergewöhnliche Notsituation handeln. Man muss sehr vorsichtig sein, weil es sonst zu Ungleichbehandlung und Wettbewerbsverzerrung kommt. – Es freut, dass die SVP-Fraktion betont, wie weitsichtig sie in der Energiepolitik handeln will. Im 2023 gibt es eine Abstimmung zum Thema. Die SVP-Fraktion wird dahingehend beim Wort genommen, dass sie auch dort weitsichtig handelt. – Landrat Thomas Tschudi will das Energiesparen fördern. Persönlich setzt man sich seit 20 Jahren für dieses Anliegen ein. Die SVP-Fraktion ist dazu aufgefordert, gemeinsam in diesem Thema weitsichtig vorwärtszumachen – für die Zukunft und für eine gute Stromversorgung. Die GLP-Fraktion wünscht sich Firmen, die vorausschauend handeln, Selbstverantwortung übernehmen, nachhaltig wirtschaften und Kostenwahrheit richtig und rechtzeitig einschätzen.

Regierungsrätin *Marianne Lienhard* beantragt Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates. – Den Urhebern ist für die Motion zu danken. Sie wurde in einem Zeitpunkt eingereicht, in dem sich der Regierungsrat Sorgen gemacht hat. Er stand damals in ständigem Austausch mit den Technischen Betrieben, mit den Gemeinden und mit der Wirtschaft. Landrat Thomas Tschudi führte das richtig aus: Es stehen bereits gewisse Instrumente zur Verfügung – auch wenn man offenbar der Meinung ist, dass diese zu wenig bekannt seien. Allen voran gibt es den Energiefonds, in den soeben dank des guten Rechnungsabschlusses wieder 2 Millionen Franken eingelegt werden konnten. Andererseits gibt es die Instrumente der Standortförderung. Der Landrat tätigte ebenfalls eine Einlage in den Standortförderungsfonds. Aus diesen Töpfen kann man Investitionen von Unternehmen unterstützen. – Der freie Markt kommt im Bereich des Stromhandels eigentlich nur in der Industrie zum Tragen. Dort ist der Stromhandel ein Börsengeschäft. Im Rahmen der Kontakte mit den KMU konnte festgestellt werden, dass viele von ihnen sehr gut auf diesem Markt agieren; nur einzelnen gelingt dies weniger gut. Dort ist es sicher richtig, an die Eigenverantwortung zu appellieren. Bei kleineren Unternehmen konnte auch festgestellt werden, dass manchmal nebst dem Tagesgeschäft die Zeit oder Ressourcen für das ausreichende Beobachten des Strommarktes fehlen. Dies würde ein weitsichtiges Handeln ermöglichen. Diesbezüglich ist den Technischen Betrieben zu danken. Diese wurden darauf aufmerksam gemacht, dass sie in diesem Bereich wichtige Hilfeleistung geben können, indem sie die kleineren Betriebe begleiten und diesen aufzeigen, wie

diese Arbeiten bewältigt werden können. Da konnten Fortschritte erzielt werden; die Unternehmen sind sensibler geworden. Für einen nächsten Fall haben viele Unternehmen auch aus dieser Situation heraus etwas gelernt.

Darüber hinaus wird das Wort nicht mehr verlangt. Die Motion ist abgelehnt.